

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, frühkindliche und schulische Bildung des Beirates Osterholz** am

Mittwoch, 25.10. 2017 um 17 Uhr

Im Ortsamt Osterholz, Osterholzer Heerstraße 100, 28325 Bremen

Sitzungsbeginn: 17.00 Uhr Sitzungsende: 19.15 Uhr

TeilnehmerInnen:

Herr Barth
Frau Contu Protokollführung
Herr Dillmann in Vertretung für Herrn Wiedekamp
Frau Haase in Vertretung für Herrn Uysun
Frau Marti- Schindler
Herr Massmann Ausschusssprecher, Sitzungsleitung
Herr Dr. Restat
Frau Sauer in Vertretung für Frau Branig

Gäste:

Frau Moke, Schule Uphuser Straße
Frau Pörtner, Albert Einstein Oberschule
Herr Schreyer, Schule Koblenzer Straße
Herr Berke, Senatorin für Kinder und Bildung)

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

0. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
1. Beschluss zur Tagesordnung
2. Stellungnahme zum geplanten Neubau der Grundschule auf dem Gelände der Albert-Einstein- Schule
3. Künftige Beschulung von W+E- Kindern (Wahrnehmungs- und Entwicklungsdefizite) in Osterholz
4. Entwicklung der Kultur auf dem Ellener Hof/ aktueller Stand
5. Beschlüsse
6. Verschiedenes

Zu TOP 0: Genehmigung des Protokolles vom 15.05.2017

Das Protokoll der Sitzung vom 15.05.2017 wird genehmigt.

Zu TOP 1: Beschluss zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie in der Einladung angekündigt beschlossen.
Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Zu TOP 2: Stellungnahme zum geplanten Neubau der Grundschule auf dem Gelände der Albert-Einstein-Schule

Die Grundschule Uphuser Straße hat keine Kapazitäten für weitere Schüler oder den weiteren Ausbau der Ganztagschule. Herr Massmann erzählt die Geschichte der Schule.

Frau Pörtner (Albert- Einstein-Schule) verliest eine Stellungnahme des Kollegiums der Albert- Einstein-Schule (sinngemäß): Das Kollegium habe sich in der Gesamtkonferenz gegen das Neubau- Konzept ausgesprochen, da es nicht in das geschützte Konzept der Schule passe. Ein wichtiger Bestandteil des Schulkonzeptes sei die Inklusion, in der für die Kinder Ruhe und eine reizarme Umgebung entscheidend seien. Eine wesentliche Bedingung für das Gelingen der Inklusion sei die hinreichende Ausstattung mit Personal und Räumen. Das derzeitige Raumangebot mache eine Inklusion nahezu unmöglich. Die Schule sei bereits von einzügigen Jahrgängen auf mittlerweile drei Züge mit Inklusion erweitert worden. Wenn es eventuell bald vier oder fünf Züge geben sollte, werde das Raumangebot noch schlechter. Die Voliere auf dem Schulgelände gehöre zum Schulkonzept und würde eventuell wegfallen. Gerade hierdurch würden die Kinder soziales Lernen lernen, das Schulschwerpunkt sei. Frau Pörtner trägt vor, dass die Schule bisher sehr gut aufgestellt sei und auch der Qualität des Stadtteils diene.

Frau Moke (Grundschule Uphuser Straße) trägt vor, dass in der letzten Sitzung durch Herrn Stoessel (Senatorin für Kinder und Bildung) eigentlich ein schöner Plan vorgestellt wurde. Die Grundschule Uphuser Straße möchte an dem Standort bleiben, an dem sie ist. Im Moment habe man bei der Größe der Schule einen guten Überblick über alle Kinder. Bei höherem Raumbedarf mache ein Neubau Sinn. Bis dahin wolle die Grundschule jedoch nicht in die Räume der Albert- Einstein- Schule gesteckt werden. Bisher gab es zwischen den Schulen eine gute Kooperation, aber die Konzepte würden so nicht mehr zueinander passen. Man müsse nun mit den beteiligten Schulen im Bremer Osten sehen, ob es Alternativen gäbe, z. B. südlich der Osterholzer Heerstraße.

Frau Sauer (CDU) fragt, warum es bisher kein Stadtteilkonzept für die hiesigen Schulen gäbe. Dieses sei schon lange geplant.

Herr Berke trägt vor, dass das Standortkonzept derzeit überarbeitet wird. Es lägen neue Zahlen vor. Die Bearbeitung durch Herrn de Olano sei in Arbeit. Dieser könne auch mehr dazu sagen, wenn man ihn einladen würde.

Herr Massmann (SPD) ergänzt, dass derzeit eine neue Schülerzahl-Prognose als Planungsgrundlage in Osterholz in Arbeit sei.

Aus dem Publikum (Elternverein) wird erklärt, dass die Anwahl der Albert-Einstein-Schule und der Grundschule Uphuser Straße auch geschehe, da es kleine Schulen seien. Im Stadtteilkonzept müsse es Wahlmöglichkeiten geben, insb. für Kinder, die mehr Ruhe benötigen. Es sei schon zu eng, insb. in der Mensa. Die Eltern würden auch nicht wünschen, dass bestehende Konzepte auseinander gerissen würden.

Herr Dillmann (Grüne) trägt vor, dass nach der Vorstellung des Konzeptes am 15.05.2017 grundsätzlich positive Stimmung geherrscht habe, dass man aber erst einmal die Kollegien und Eltern hören müsste. Zu dem derzeitigen Ist-Zustand würden schließlich noch weitere Schüler hinzukommen. Die Grundschule Uphuser Straße müsste Räume dann evtl. an anderer Stelle suchen. Daher müsse man zunächst sehen, wo Bedarfe, Engpässe und vor allem Grundstücke, auf denen gebaut werden könnten, seien. Eine Entscheidung hierüber solle möglichst bis zum Sommer 2018 getroffen werden.

Herr Restat (Linke) erinnert daran, dass man sich zu zweit für das Konzept eingesetzt hätte. Herr Barth (CDU) ergänzt, es sei zu dritt gewesen. Herr Restat trägt vor, dass es für Inklusion immer wichtige Gründe gäbe und dass auch bei erweitertem Platzangebot zunächst der Bedarf an Räumen und Ausstattung festgestellt werden müssen, bevor endgültige Pläne zur weiteren Verdichtung gemacht würden. Die Tendenz sei jedoch bekannt. In der Bürgerschaft seien bereits vor vier Jahren höhere Schülerzahlen prognostiziert worden. Eventuell müssten dann jetzt größere Schulen gebaut werden.

Herr Haase (SPD) trägt vor, dass das am 15.05.2017 vorgestellte Konzept auch keine kurz-, sondern eher eine mittelfristige Planung sei. Der Druck werde jetzt aber höher. Das Thema werde also ernst genommen. An die Behörde wird die Frage gestellt, ob bei der Planung der Albert-Einstein-Schule auch an ein kleineres Gebäude gedacht worden sei und ob, falls bei der Überprüfung der Grundstücke der Bremer Schulen herauskäme, dass das Grundstück der Schule zu groß sei, eventuell daran gedacht würde, das Grundstück für die Schule zu verkleinern und für Wohnungsbau zu veräußern.

Frau Moke weist darauf hin, dass auch nach den Bedarfen geguckt werden müsse und dass es bei den Anmeldungen für die Ganztagschule mehr Anmeldungen gäbe, als berücksichtigt werden könnten. Daher würden die Eltern bereits bei der Anmeldung darauf hingewiesen, dass nur Anmeldungen berücksichtigt werden könnten, wenn die Eltern arbeiten. Andere würden sich jedoch auch in der Regel nicht bewerben.

Herr Haase (SPD) weist auf soziale Bedarfe für Ganztagsplätze hin. Die Ganztagschule mache nur in gebundener Form Sinn.

Herr Berke trägt vor, dass die Schulen getrennt zu betrachten seien. Die Gebäudeanzahl sei vom pädagogischen Konzept abhängig. Es gäbe auch Schulen, die es genau andersrum wünschten und den Campusgedanken sehr begrüßen würden. Grundsätzlich seien immer Synergie-Effekte möglich, z.B. bei einer Mensa oder Multifunktionsräumen. An dieser Lösung gäbe es auch viel Gutes. Bestimmte pädagogische Konzepte wie die Voliere sollten bleiben. Eventuell müsse man sonst auch für Ersatz sorgen. Trotz allem seien es zwei Schulen, die nicht unbedingt verzahnt werden müssten, nur weil sie in unmittelbarer Nachbarschaft stünden.

Die Grundstücke gehören Immobilien Bremen. Es sei vermutlich ohnehin keine Zuwegung möglich, um Wohnungen zu bauen.

Die Behörde stünde Anregungen und Wünschen der Eltern und Schulen offen gegenüber. Emails würden gerne angenommen.

Herr Haase (SPD) trägt vor, dass Herr Stoessel im Mai klarere Informationen gehabt und auch von Wohnungsbau gesprochen habe. Bei den Eltern bestehe großes Interesse an klaren Informationen. Diese Fragen müssten daher noch einmal schriftlich an die Bildungsbehörde gestellt werden. Der Wechsel von der Grundschule in die Sekundarstufe I sei immer problematisch. Eine Zusammenlegung sei nicht völlig sinnlos, müsse aber insgesamt passen.

Aus dem Publikum wird erklärt, dass die Eltern mit dem Schulkonzept bisher sehr zufrieden, mit einer Zusammenlegung jedoch nicht einverstanden seien. Bisher habe alles gut funktioniert. Jetzt seien aber die Raumstrukturen schlecht. Insbesondere sei die Infrastruktur vor Ort nicht auf eine Schule mit voraussichtlich 900 statt wie bisher 550 Schülern eingerichtet. Die Verkehrssituation sei bereits gefährlich. Die Lehrer und Anwohner hätten sich immer gefreut, eine kleine adäquate Grundschule zu haben. Die Zusammenlegung mit den größeren Kindern auf einem Grundstück sei nicht gewünscht. Eventuell würden sich auch Einzugsgebiete ändern. Viele Eltern hätten sich auch gefreut, dass die Grundschule Uphuser Straße keine Ganztagschule gewesen sei. In vielen Familien würde man wünschen, dass die Kinder mittags nach Hause kämen, um gemeinsam zu essen.

Herr Massmann (SPD) weist darauf hin, dass in der Schule Ellener Feld früher mehr als 1400 Schüler unterrichtet worden seien. Dahin wolle man nicht zurück.

Aus dem Publikum (Schulelternsprecher, Grundschule Uphuser Straße) wird noch einmal betont, dass die meisten Eltern die Schule anwählen, weil sie klein ist und keine Ganztagschule. Man müsse auch berücksichtigen, dass z. B. Mobbing in einer größeren Schule kaum noch entgegengetreten werden könnte. Es müsse zwar gespart werden, aber so viel wie ge-

braucht würde, könne in Bremen nicht gebaut werden. Das Konzept für alle Schulen müsse überarbeitet werden.

Herr Barth (CDU) trägt vor, dass die Argumente für ihn das Gefühl unterstreichen würden, dass das Konzept vom 15.05.2017 nicht umgesetzt werden könnte. Man könnte nicht 6-16-jährige Kinder gemeinsam in einer Schule haben. Am besten sei ein Neubau südlich der Heerstraße, insb. wegen der Bebauung am Ehlersdamm. Herr Massmann erklärt, dieses sei unbedingt zu prüfen. Kleine Kinder bräuchten kurze Wege.

Aus dem Publikum kommt die Frage, ob nicht z. B. der Footballplatz an der Heerstraße bebaut werden könne. Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass dieses nicht zur Diskussion stünde, da es im Stadtteil ohnehin zu wenige Sportplätze gäbe.

Herr Massmann (SPD) erklärt, dass ein neues Einzugsgebiet für einen zusätzlichen Grundschulstandort nur zwischen der Osterholzer Heerstraße und Mahndorf liegen könnte.

Herr Berke wiederholt das Angebot, mit dem Ressort in Kontakt zu treten. Eventuell könnte man ein Treffen mit Herrn Stoessel vereinbaren und dann eine Machbarkeitsstudie mit Immobilien Bremen durchführen. Man wolle nicht gegen die Wünsche im Stadtteil arbeiten. Das Verfahren solle transparent sein.

Herr Haase (SPD) erklärt, dass das Thema wohl nun ernstgenommen würde, dass es aber noch zu viele offene Fragen gäbe. Diese müssten in aller Klarheit beantwortet werden. Vielleicht solle die Standortplanung zunächst in den Beiräten, dann gemeinsam mit den Behörden durchgeführt werden. Wenn Wohnraum südlich der Heerstraße entstehe, sei jedoch wichtig, dass die Kinder auch dort zur Schule gehen könnten. Es sei kleinen Kindern nicht zuzumuten, die Bahngleise zu überqueren und in Mahndorf zur Schule zu gehen.

Frau Moke betont, dass viele Schulleitungen grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert seien und man vielleicht ein gemeinsames Treffen mit Herrn Stoessel und dem Beirat vereinbaren sollte.

Zu TOP 3 Künftige Beschulung von W+E- Kindern (Wahrnehmung und Entwicklungsdefizite) in Osterholz

Herr Berke berichtet, dass derzeit in den 4. Klassen im Bremer Osten 22 Kinder mit W+E-Bedarf seien. Diese gehen derzeit an verschiedene Grundschulen. Da die Schülerzahlen insgesamt ansteigen, steigen auch die Zahlen dieser Kinder.

Bei der Planung, in welchen Schulen es Plätze geben solle, gäbe es fünf Phasen.

- In der Behörde
- Schulbesuch
- Vorbereitungsgespräche auf der fachlichen Ebene
- Schulspezifische Beratung
- Einrichtung und Begleitung der Plätze

Zurzeit würden Gespräche mit allen Schulen im Bremer Osten geführt. Die Anzahl der Plätze beschließe die Deputation. Es gäbe bestimmte Kapazitätsregeln. Genauere Aussagen seien im Moment nicht möglich. Die Deputation würde einen Beschluss fassen. Im Bremer Osten seien für voraussichtlich 25 Plätze 4 bis 5 Schulstandorte erforderlich. Hierbei wird derzeit an alle Standorte gedacht. Zurzeit laufe die fachliche Abstimmung. Insgesamt würden 25 Plätze benötigt, die an fünf Standorten seien sollen.

Frau Haase (SPD) erkundigt sich, inwiefern der Ausschuss an dieser Entscheidung beteiligt würde. Herr Massmann (SPD) weist auf die Allzuständigkeit des Beirates hin.

Herr Restat (Linke) erkundigt sich nach dem Unterschied zwischen Inklusion und Wahrnehmungs- und Entwicklungsdefiziten. Herr Berke erklärt, dass es dabei ein sehr großes Spektrum gäbe, das von schwerer mehrfacher Behinderung bis zu extremen Entwicklungsverzögerungen gehe. Die Art des Bedarfes werde bei der Erstellung der Standorte berücksichtigt. W+E sei grundsätzlich „mehr“ als Inklusion. Es gäbe höhere Bedarfe, z.B. höhere apparative Bedarfe.

Frau Sauer (CDU) erkundigt sich, an welchen Standorten die Kinder derzeit beschult würden. Herr Berke erklärt, dass die Kinder im Moment an verschiedene Grundschulen gehen.

Herr Schreyer (Koblenzer Straße) erklärt, dass man an der Schule bei der Inklusion nicht auf halbem Weg halt machen wolle und daher alle Kinder beschulen würde. Es sei eine langfristige Planung, die jetzt aber offenbar mehr Druck bekäme. Man könne die Entscheidungen nicht erst in 3,5 Jahren fassen.

Herr Massmann (SPD) fordert, dass der nächste Termin für das Frühjahr 2018 geplant werden solle. Dann wolle man auch mehr Details und Tatsachen zur Planung erfahren als heute.

Frau Pörtner bekräftigt, dass die Standorte gebraucht werden, dass aber die räumliche und personelle Ausstattung noch ausgearbeitet werden müsse.

Aus dem Publikum kommt die Frage, inwiefern die Planung mit den Schulleitungen abgesprochen worden sei. Man hätte dieses auch früher machen können.

Aus dem Publikum (Schulleitung Andernacher Straße) wird berichtet, dass das Verfahren nicht so ablaufe, wie geschildert. Der Schule sei einfach mitgeteilt worden, dass sie W+E-Plätze erhalten. Dasselbe gelte wohl für die Schule am Pfälzer Weg. Man sei nun mit der Planung gestartet, um fünf Kinder aufzunehmen. Dieses sei viel Arbeit und noch im Entwicklungsprozess.

Aus dem Publikum kommt die Frage, wo die Kinder herkämen. Bei dem hohen Bedarf der Kinder könne man nicht mit Provisorien arbeiten. Die Planung müsse langfristiger sein und die Umsetzung sei wohl nicht zu 2018 realisierbar. Insbesondere bräuchten auch die Familien Planungssicherheit.

Herr Berke erklärt, dass die Schülerzahlen sich überall entwickeln würden, auch im W+E-Bereich. Diese Entwicklung sei so vor zwei Jahren noch nicht absehbar gewesen.

Herr Massmann (SPD) erklärt abschließend, dass das Thema für alle Neuland sei und dringend wieder aufgegriffen werden müsse.

Zu TOP 4 Entwicklungen der Kultur auf dem Ellener Hof/ aktueller Stand

Frau und Herr Haase (SPD) berichten von der Besichtigung und der Sitzung des Integrationsausschusses am 23.10.2017.

Es wird insgesamt begrüßt, dass dort auch 100 Studentenwohnungen entstehen sollen.

Herr Restat (Linke) fragt, ob im Ellener Hof nicht Platz für eine Schule sei. Herr Massmann (SPD) erklärt, dass dieses nicht möglich sei, da die Schule Düsseldorfer Straße zu nah sei.

Zu TOP 5 Beschlüsse

Der von Herrn Massmann zugesandte Beschlussentwurf, insb. Punkt 5, wird kurz angesprochen. Herr Massmann liest Punkt 5 vor. Grundsätzlich befürwortet der Ausschuss den Punkt, entschließt sich aber, zu warten, bis das von Frau Moke vorgeschlagene Treffen der Schulen, des Ausschusses und der Behörde stattgefunden hat. Es ergeht kein Beschluss.

Die Frage einer Machbarkeitsstudie wird besprochen. Es wird auf den Beschlussentwurf vom 15.05.2017 hingewiesen. Es ergeht kein Beschluss.

Zu TOP 6: Mitteilungen des Ortesamtes

Es gibt keine Mitteilungen des Ortesamtes.

Zu TOP 7: Verschiedenes, u.a.

Herr Barth (CDU) spricht den Beschluss des Beirates bezüglich einer Feier am Bultensee an und fragt, ob der Ausschuss sich an der Planung beteiligen wolle. Er schlägt eine Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt oder dem Bultenwegverein vor und wird weitere Ideen einreichen.

Herr Restat (Linke) erwähnt die Abfrage zur Schulsituation in Gröpelingen im Januar 2017 (vgl. Protokoll 15.05.2017). Eventuell könnte man eine solche Abfrage auch in Osterholz durchführen. Die Haushaltsverhandlungen stünden jetzt an und die Planung zur Inklusion sei nicht gut. Herr Massmann (SPD) schlägt vor, dass man das Thema besser in der nächsten Sitzung besprechen solle.

Der nächste Sitzungstermin wird nicht wie geplant am 28.11.2017 stattfinden, da viele Ausschussmitglieder diesen Termin nicht wahrnehmen könnten. Der nächste Termin soll entweder am 27.11. um 17.00 Uhr oder am 30.11. um 19.00 Uhr stattfinden. Herr Massmann wird die Schulleitungen ansprechen und eine Rückmeldung an das Ortsamt geben.

Bremen, den 22.11.2017

gez. Horst Massmann
(Sitzungsleitung/ Ausschusssprecher)

gez. Christina Contu
(Protokollführung)